

SPD

Hamburg-Nord

**Antragsbuch Kreisparteitag
27. September 2025**

Antrag 1

A1

Musik im öffentlichen Raum fördern – Klavier spielen in Hamburg-Nord ermöglichen für alle

Antragssteller*in: Distrikt SPD Winterhude-Nord/Alsterdorf

Der Kreisparteitag der SPD Hamburg-Nord möge zur Weiterleitung SPD-Bezirksfraktion Hamburg-Nord beschließen:

Die SPD-Bezirksfraktion Hamburg-Nord wird gebeten, folgenden Antrag umzusetzen:

1. In Hamburg-Nord soll gemeinsam mit geeigneten Kooperationspartner*innen ein Konzept entwickelt werden, wie im öffentlichen Raum zeitweise Klaviere aufgestellt werden können, damit Menschen spontan musizieren können.
2. Hierfür sollen möglichst gebrauchte Klaviere verwendet werden.
3. Durch Öffentlichkeitsarbeit im Bezirk soll auf dieses Angebot aufmerksam gemacht werden.

Begründung:

Klaviere im öffentlichen Raum aufzustellen, bringt viele positive Aspekte mit sich. Sie fördern Kreativität und Spontaneität, indem sie Menschen die Möglichkeit geben, einfach Platz zu nehmen und zu spielen. So entstehen oft überraschende musikalische Momente, die den Alltag bereichern und inspirieren können. Gleichzeitig fördern solche Klaviere die soziale Interaktion: Menschen bleiben stehen, hören zu, kommen miteinander ins Gespräch oder musizieren sogar gemeinsam – Musik wird zum verbindenden Element zwischen völlig Fremden.

Darüber hinaus tragen öffentlich zugängliche Klaviere zur Verbesserung der Atmosphäre bei. Sie schaffen eine lebendige, freundliche und oft beruhigende Klangkulisse, die den Stadtraum aufwertet und ihn einladender wirken lässt. Besonders wertvoll ist auch, dass diese Instrumente niederschweligen Zugang zur Musik ermöglichen. Nicht jeder Mensch hat zu Hause ein Klavier oder die Möglichkeit, regelmäßig eines zu nutzen. Durch ein frei zugängliches Instrument im öffentlichen Raum wird kulturelle Teilhabe erleichtert – unabhängig von Herkunft, Alter oder sozialem Hintergrund.

Klaviere im Freien regen Menschen dazu an, sich mit Musik auseinanderzusetzen, sei es durch eigenes Spiel oder durch das Zuhören. Dies schafft ein Bewusstsein für kulturelle Werte außerhalb klassischer Veranstaltungsorte wie Konzertsälen oder Musikschulen. Letztlich tragen solche Initiativen auch zur Aufwertung des öffentlichen Raums bei. Sie zeigen, dass eine Stadt oder Gemeinde kulturelle Beteiligung schätzt und fördert – und sie machen den Alltag ein Stück lebenswerter.

Projekte wie „Global Goals Piano“ (<https://globalgoalsberlin.de/17-klaviere/>) in Berlin oder „Piano Bombing“ (https://www.instagram.com/piano_bombing/?hl=de) aus Hannover zeigen, wie in Städten eine Umsetzung erfolgreich gelingen kann durch verlässliche



Kooperationespartner*innen aus dem soziokulturellen Bereich. Die Initiative „Play the Piano“ aus Hamburg-Harburg hat in den vergangenen Jahren ebenfalls mehrere Klaviere in der Harburger Innenstadt und im Binnenhafen u.a. durch die finanzielle Unterstützung der Stadt aufstellen können. <https://www.ndr.de/kultur/musik/Play-the-Piano-in-Harburg-Klaviere-laden-zum-Spielen-ein,pianos108.html>

Offizielle Plätze an Haltestellen für Straßenmusik wie in Berlin und London endlich auch in Hamburg ermöglichen!

Antragssteller*in: Distrikt SPD Winterhude-Nord/Alsterdorf

Die Kreispartei tag der SPD Hamburg-Nord möge zur Weiterleitung an den Landespartei tag der SPD Hamburg, die Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, so auf die zuständigen Behörden, die Hamburger Hochbahn AG und die S-Bahn Hamburg GmbH einzuwirken, dass

1. es die Beförderungsrichtlinien ermöglichen, an dafür deutlich gekennzeichneten Orten an HVV-Haltestellen mit Genehmigung zu musizieren,
2. diese Orte überprüft werden, sodass sie den Sicherheitsvorschriften entsprechen, keine Fluchtwege versperren und weiterhin genug Platz für die Fahrgäste zur Verfügung steht,
3. die Genehmigungen für Musiker*innen gegen eine geringe Gebühr ausgestellt werden,
4. die sieben Bezirksversammlungen vorab gefragt werden, entsprechende Haltestellen vorzuschlagen, die dann nach den Sicherheitskriterien geprüft werden und
5. durch eine Öffentlichkeitskampagne innerhalb der Stadt auf dieses neue Angebot für Musiker*innen aufmerksam gemacht wird.

Begründung:

Ob Ed Sheeran oder AnnenMayKantereit – viele Karrieren von Musiker*innen und Bands begann mit Straßenmusik. Für Musiker*innen bietet sich an Haltestellen eine ideale Möglichkeit, ihre Musik einem breiten Publikum zu präsentieren, neue Hörer*innen zu erreichen und somit ihre Bekanntheit zu steigern. Sie können ihre Fähigkeiten verbessern, Bühnenpräsenz entwickeln und gleichzeitig etwas zur Atmosphäre im öffentlichen Raum beitragen.

Außerdem ist es eine niedrigschwellige Form des Auftritts: Musiker*innen brauchen keine teure Technik oder große Veranstaltungsorte, sondern nur ihr Instrument und ihr Talent. Für viele ist das ein erster Schritt in die musikalische Öffentlichkeit – und nicht selten auch eine Chance, durch Spenden ein kleines Einkommen zu generieren oder sogar entdeckt zu werden.

In Berlin gibt es mittlerweile 40 Haltestellen der BVG, an denen es offiziell gekennzeichnete Plätze für Musiker*innen gibt. Mit einer Musikgenehmigung (10 Euro für bis zu drei Personen) dürfen Straßenmusiker*innen in den Haltestellen und Fahrzeugen musizieren.

In Hamburg wurde bis jetzt jede Initiative diesbezüglich von den Behörden, dem HVV und der DB abgelehnt. Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschloss zuletzt am 22.06.23 einen Antrag für ein zeitlich befristetes Modellprojekt mit Musikhaltstellen im Bezirk Hamburg-Mitte. Die Verkehrsbehörde lehnte die Initiative ab, u.a. mit der Begründung, dass die Beförderungsrichtlinien des HVVs Musizieren an Haltestellen nicht erlaubt. (<https://bv-hh.de/hamburg-mitte/documents/komfortoffensive-musikhaltstellen-im-hvv-161102>)

Kultur für alle erlebbar machen – Ein eigenes Kulturzentrum für Hamburg

Antragssteller*in: SPD-Barmbek-Nord-Dulsberg

Der Kreisparteitag der SPD Hamburg-Nord möge zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag beschließen:

Einrichtung eines Kulturzentrums, das kostenfrei und öffentlich zugänglich ist und insbesondere:

- den Zugang zu anmietbaren Ton- und Fotostudios, zu Literatur, Zeitungen, Filmen und Musik, sowie zu Werkgegenständen und Maschinen wie Nähmaschinen oder 3D-Druckern eröffnet,
- generationsübergreifende Angebote schafft, die für Menschen jeden Alters attraktive Nutzungsmöglichkeiten bereithalten,
- durch Kooperationen mit Schulen und örtlichen Hochschulen Aus- und Weiterbildung gezielt fördert und die Angebote dauerhaft in die Bildungslandschaft einbindet.

Alternativ soll ein Ausbau bestehender Angebote über die Hamburger Bücherhallen erfolgen, um den Zugang zu Kunst und Kultur umfassend zu erweitern. Dabei sollen nicht nur klassische Medien, sondern ausdrücklich auch unkonventionellere Möglichkeiten wie Ton- und Fotostudios, 3D-Drucker oder Werkgegenstände integriert werden – Angebote, die bislang oft nur gegen hohe Kosten nutzbar sind und damit vielen Menschen verschlossen bleiben.

Begründung:

Kultur und Kunst sind vielfältig und können auf unterschiedlichste Weise erlebt werden. Ein Kulturzentrum schafft die Möglichkeit, diese Vielfalt zu bündeln und allen Menschen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage Zugang zu kulturellen Ressourcen und kreativer Entfaltung zu ermöglichen.

Viele Hamburger*innen verfügen nicht über die finanziellen Mittel, um etwa ein Tonstudio, eine Fotoausrüstung oder Maschinen wie 3D-Drucker zu nutzen. Durch ein frei zugängliches Kulturzentrum kann diese Schranke überwunden werden: Wer möchte, kann beispielsweise kostenfrei für einen bestimmten Zeitslot ein Tonstudio nutzen – etwas, das ansonsten kaum möglich wäre.

Darüber hinaus trägt das Zentrum zur sozialen Teilhabe bei. Durch Kooperationen mit Schulen und Hochschulen werden Kinder und junge Menschen frühzeitig an kreative Ausdrucksformen herangeführt. So werden auch soziale Barrieren abgebaut und allen Generationen Chancen eröffnet, ihre Kreativität auszuleben und weiterzuentwickeln.



Vergleichbare Modelle existieren bereits erfolgreich in vielen europäischen Städten: Die Oodi-Bibliothek in Helsinki, das Forum in Groningen oder De Krook in Gent zeigen eindrucksvoll, wie niedrighschwellige, multifunktionale Kulturzentren Stadtgesellschaften bereichern können. Hamburg sollte diesem Beispiel folgen und einen solchen Ort schaffen.

Europäische Buchungsplattform für Bahnreisen – im Einklang mit laufenden EU-Initiativen

Antragssteller*in: Distrikt Barmbek-Mitte

Der Kreisparteitag der SPD Hamburg-Nord möge zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag beschließen:

Die SPD fordert auf europäischer Ebene die Einführung einer zentralen, öffentlichen und nicht profitorientierten Online-Plattform für Bahnreisen in der EU. Die Plattform muss die laufenden Bemühungen der Europäischen Kommission – insbesondere die angekündigte Gesetzesinitiative für einheitliche digitale Buchungs- und Ticketdienste – unterstützen und weiterführen.

Diese Plattform soll:

1. Alle Bahnunternehmen in der EU verpflichtend einbeziehen – staatlich wie privat.
2. Einen einheitlichen europäischen Fahrplan bereitstellen, einschließlich grenzüberschreitender Verbindungen.
3. Barrierefreiheit und Mobilitätseinschränkungen bei der Planung und Buchung berücksichtigen.
4. Immer den günstigsten verfügbaren Preis anzeigen, einschließlich aller Rabatte und Sonderaktionen.
5. Durchgehende Ticketbuchungen über Länder- und Betreiber Grenzen hinweg ermöglichen, mit klaren Fahrgastrechten.
6. Den europäischen Verbraucherschutz stärken, indem Buchungsprozesse transparenter, Rechte klarer geregelt und Kundeninteressen besser gewahrt werden.

SPD-Abgeordnete in Bundestag und Europäischem Parlament werden aufgefordert, dieses Ziel aktiv politisch voranzutreiben und die EU-Kommission bei der Gesetzesinitiative zu unterstützen, um rasch ein verbindliches digitales Buchungssystem zu realisieren, das alle genannten Anforderungen erfüllt.

Begründung

Die EU-Kommission, vertreten durch Präsidentin Ursula von der Leyen, plant einen Gesetzesvorschlag für "einheitliche digitale Buchungs- und Ticketdienste", um Bürgerinnen und Bürgern den Kauf eines einzigen Tickets auf einer einzigen Plattform zu ermöglichen und die Fahrgastrechte für die gesamte Reise sicherzustellen.

Parallel nutzt die Deutsche Bahn ab Herbst den OSDM-Standard zur technischen Integration, etwa mit ÖBB und SBB, und will bis Ende 2026 nahezu europaweit angebundene Systeme erreichen. Diese Ansätze sind begrüßenswert, reichen jedoch nicht aus:

- Die EU-Initiative schafft den rechtlichen Rahmen, um verbindlich europaweit vergleichbare, nutzerfreundliche Buchungssysteme zu etablieren.

- 
- Die technische Umsetzung via OSDM ist wertvoll, darf aber nicht durch divergierende digitale Standards gefährdet werden.
 - Nur durch rechtlich verbindliche, übergreifende Standards lassen sich Transparenz, Preisvergleiche, Barrierefreiheit und Fahrgastrechte langfristig sicherstellen.
 - Darüber hinaus wird mit einer solchen Plattform der Verbraucherschutz in Europa spürbar gestärkt: Einheitliche Informationspflichten, klare Fahrgastrechte und die Garantie des günstigsten Preises schaffen faire Bedingungen für alle Bahnreisenden.

Gleichzeitig ist festzustellen: Ankündigungen der EU-Kommission zu besseren digitalen Buchungsmöglichkeiten gibt es bereits seit Jahren. Dennoch fehlt es bis heute an einer für Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich nutzbaren, umfassenden Plattform. Deshalb gilt es, den politischen Druck aufrechtzuerhalten und konkrete, verbindliche Maßnahmen einzufordern, damit aus Ankündigungen endlich Realität wird.

Der Antrag ermöglicht es der SPD, die Initiative der EU-Kommission strategisch zu unterstützen und auf eine konkrete, verbraucherfreundliche Umsetzung hinzuarbeiten – im Einklang mit den Zielen der europäischen Verkehrspolitik.

Alster und Kanäle sauber, sicher, schwimmbar machen! Beitritt Hamburgs zur „Charter Swimmable Cities“

Antragssteller*in: SPD Distrikt Barmbek-Mitte

Der Kreisparteitag der SPD Hamburg-Nord möge zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag beschließen:

Der Landesparteitag fordert die SPD-Bürgerschaftsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Freie und Hansestadt Hamburg der internationalen „Charter Swimmable Cities“ beitrifft und sich damit zu wirksamen Maßnahmen verpflichtet, um die städtischen Gewässer in hoher ökologischer Qualität zu erhalten oder — wo erforderlich — zu sanieren, sodass diese für die Bevölkerung gefahrlos zum Schwimmen nutzbar sind.

Begründung:

Saubere, zugängliche Gewässer steigern die Lebensqualität in Hamburg, fördern den Umwelt- und Klimaschutz und bieten neue Freizeitmöglichkeiten im urbanen Raum. Städte wie Paris und Kopenhagen, aber auch Rotterdam, als weitere wichtige europäische Hafenstadt, haben mit ambitionierten Programmen die Wasserqualität ihrer Flüsse und Kanäle erheblich verbessert und damit neue, attraktive öffentliche Räume geschaffen. Das kostenlose Schwimmen in öffentlichen Gewässern in der Stadt stärkt den sozialen Zusammenhalt und das Bewusstsein für die Bedeutung einer sauberen Umwelt. Es verstärkt auch die Identifikation von Menschen mit ihrer Stadt, über Kulturen, Schichten und Altersgrenzen hinweg. Zudem hat das Schwimmen in öffentlichen Gewässern, die sauber und sicher sind, unmittelbare positive Effekte auf die mentale und physische Gesundheit, ohne dass hierfür teures Equipment oder die Mitgliedschaft in einem Fitnessstudio notwendig sind.

Zwar ist klar, dass Schwimmen in der Elbe oder im Hafen aus Sicherheitsgründen auch in Zukunft unmöglich sein wird. Doch daneben gibt es zahlreiche öffentliche Gewässer in der Stadt, wo sicheres Schwimmen grundsätzlich möglich sein sollte.

Die „Charter Swimmable Cities“ ist eine internationale Selbstverpflichtung mit klaren Zielsetzungen zur ökologischen Aufwertung und nachhaltigen, sozialen Nutzung städtischer Gewässer. Ein Beitritt Hamburgs würde ein sichtbares Zeichen für eine lebenswerte, zukunftsorientierte Stadt setzen, die ihr Potenzial als „Stadt am Wasser“ konsequent nutzt. Darüber hinaus eröffnet die Teilnahme an der Charta die Möglichkeit, von internationalen Erfahrungen zu profitieren, möglicherweise zusätzliche Fördermittel zu akquirieren und den Anspruch Hamburgs als führende europäische Metropole am Wasser zu unterstreichen. Vor allem aber wäre es ein klares Signal, dass die SPD auch den blauen Teil des öffentlichen Raums allen Menschen dieser Stadt zugänglich machen will.

Finger weg vom Achtstundentag!

Antragssteller*in: AfA Hamburg-Nord

Der Kreisparteitag der SPD Hamburg-Nord möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und abermaligen Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD beschließen:

Der SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgerufen sich für die Beibehaltung der täglichen Höchstarbeitszeit von 8 Stunden, wie sie in §3 ArbZG vorgesehen ist, einzusetzen.

Begründung:

„Acht Stunden arbeiten, acht Stunden schlafen und acht Stunden Freizeit und Erholung“ – Mit diesem Slogan begründete Robert Owen eine der ältesten und zentralsten Forderungen der Arbeiterbewegung. 1869 wurde der Achtstundentag von der Sozialdemokratie erstmalig gefordert und schließlich 1918 durchgesetzt.

Heute ist der negative Einfluss von besonders langen Arbeitszeiten auf physische und psychische Gesundheit besonders gut dokumentiert. Beispielsweise steigen die Wahrscheinlichkeiten für Herz-Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen, genauso wie das Burn-Out-Risiko oder die Anzahl krankheitsbedingter Fehltage. Allein das Fehler- und Unfallrisiko steigt nach 8 Stunden Arbeit am Tag exponentiell an, ebenso spürbar sinkt die Produktivität bereits nach über 8 und besonders nach über 10 Stunden Arbeit am Tag. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit Schichtarbeit. Solche Belastungen wären weder für Arbeitnehmer*innen, unser Gesundheitssystem noch für Unternehmen sinnvoll.

Dagegen trägt die gesetzliche Begrenzung der täglichen Höchstarbeitszeit entscheidend zu einer besseren Gesundheit, Planbarkeit im Leben, sozialer Teilhabe und Produktivität bei.

Besonders in prekären Beschäftigungsverhältnissen, wo keine Tarifverträge gelten und es keine betriebliche Mitbestimmung gibt, sind die gesetzlichen Regelungen in §3 ArbZG der einzige Schutz für Arbeitnehmer*innen.

Besonders Beschäftigte, welche im Handel, der Paketzustellung oder in der Gastronomie arbeiten, würden bei einer Aufweichung der aktuellen Regelungen auch diesen Schutz verlieren.

Als Sozialdemokrat*innen geht es nicht nur darum eine der symbolreichsten und wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu verteidigen, sondern auch prekär Beschäftigte vor weiteren gesundheitlichen Risiken und noch härterer Ausbeutung zu schützen.

Grundmandat für alle Landesverbände im Parteivorstand

Antragssteller*in: Distrikt SPD Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde

Der Kreisparteitag der SPD Hamburg-Nord zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und den Bundesparteitag der SPD

Das Organisationsstatut wird dahingehend ergänzt, dass bei der Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer zum Parteivorstand jeder Landesverband mit einem Grundmandat vertreten sein muss.

Begründung:

Auf dem Bundesparteitag am 28. Juni 2025 in Berlin haben die Delegierten den neuen Parteivorstand gewählt. Insgesamt standen 24 Kandidatinnen und Kandidaten als Beisitzerinnen und Beisitzer für den Parteivorstand zur Wahl. Der Kandidat des Hamburger Landesverbands, Kultursenator Carsten Brosda, wurde nicht gewählt.

Damit ist im Parteivorstand der SPD kein Mitglied aus Hamburg vertreten, ebenso aus Brandenburg. Zwei Landesverbände mit erfolgreichen SPD-Landesregierungen sind nicht im gewählten Parteivorstand vertreten, während allein der Landesverband Nordrhein-Westfalen 10 der 34 Parteivorstandsmitglieder und zusammen mit Niedersachsen fast die Hälfte der Mitglieder des neugewählten Parteivorstands stellt.

Dieses Missverhältnis der strukturellen Abbildung der verschiedenen Landesverbände unterstreicht die Notwendigkeit, die Beteiligung aller Landesverbände im Parteivorstand zu sichern und organisatorisch zu verankern. Unabhängig der jeweiligen Personen braucht unsere Partei bei ihren Beratungen und Entscheidungen im Bundesvorstand die Perspektive aus allen SPD-Landesverbänden. Deshalb sollte jeder Landesverband mit einem Grundmandat beteiligt werden. Der Länderrat der Landesvorsitzenden ist dafür kein Ersatz.

Implementierung digitaler Wissensquiz im öffentlichen Raum für Erwachsene

Antragssteller*in: SPD Distrikt Winterhude-Nord

Der Kreisparteitag möge beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten zur Umsetzung durch den Hamburger Senat:

Der Hamburger Senat möge im öffentlichen Raum (z. B. Infoscreen) ein Wissensquiz zur Medien- Nachrichten- und Informationskompetenz für Erwachsene implementieren. Im Anschluss dieser selbstausswertenden Tests sollen barrierearme Anlaufpunkte zum weiteren Training/Kurse zum besseren digitalen Medienverständnis genannt werden (z.B. das geplante Medienkompetenzzentrum in den Deichtorhallen).

Begründung:

Medien- Nachrichten und Informationskompetenzen sind die Basis für eine faktenbasierte Meinungsbildung und damit für demokratische Diskurs- und Handlungsfähigkeit. Diese Kompetenzen sind durch die digitale Transformation einem erheblichen Wandel unterzogen. Daher hat sich im Sinne der Demokratieförderung ein erheblicher Handlungsbedarf aufgebaut.

In den Deichtorhallen soll ein Zentrum für Medienkompetenz entstehen. Dieses ist in Zeiten der Verbreitung von Fake-News dringend zum Erhalt unserer Demokratie notwendig.

Allerdings bleibt die Frage, wer sich von diesem Angebot angesprochen fühlt.

Gemäß der Studie von Dunning und Kruger (Dunning - Kruger – Effekt) überschätzen gerade die Nutzer, die geringe Kompetenzen haben, ihre Fähigkeiten in besonderem Maße, während sich kompetente Menschen unterschätzen. In der Originalstudie wurden auch Grammatikkenntnisse getestet, daher ist auch die Selbsteinschätzung der eigenen Fähigkeiten über Sprachkenntnisse (auch bei Muttersprachlern) zu beachten. In Folgestudien zu unterschiedlichen Wissensbereichen hat sich dieser Trend immer wieder bestätigt (z.B. die Selbsteinschätzung zu Grammatikkenntnissen, Fremdsprachekenntnissen, digitales Wissen).

Die technische Universität München (TUM) hat im April 2025 eine Studie zur Medienkompetenz Erwachsener im Gesundheitswesen vorgestellt, laut der 75 % der Erwachsenen nicht in der Lage sind, Informationen im Gesundheitswesen zu finden, zu verstehen und korrekt anzuwenden. Hiermit hat sich der Wert in den letzten zehn Jahren um 20 % verschlechtert. Bildung, Einkommen und Migrationsgeschichte hätten der Studie zufolge keinen Einfluss auf das Ergebnis. Dies hat gesundheitliche und wirtschaftliche Konsequenzen um jährlich bis zu 24 Milliarden Euro Mehrkosten. Dies betrifft allein den Gesundheitsbereich.

Die österreichische Studie Digital Skills Barometer hat 2022 in der Generation Z, der Generation, die als Digital Natives gilt, eine grobe Selbstüberschätzung der eigenen digitalen

Fähigkeiten festgestellt. Diese Studie gilt als europäischer Vorreiter im Hinblick auf digitales Wissen.

Medienkompetenz wird in Hamburg meist als Problem bei jungen Menschen gesehen. Hier wird auch schon im Bildungssystem sowie in Projekten (Use the News) mit Kursen zu Medienkompetenz gegengesteuert. Für Erwachsene beruht die Teilnahme an entsprechenden Kursen auf Eigeninitiative und Freiwilligkeit. Da jedoch das Problem der Selbstüberschätzung belegt ist, würde gerade der am meisten betroffene Personenkreis keine Kurse zur Verbesserung von Medien-, Lese- und Sprachverständniskompetenz wahrnehmen, weil sie dies für sich schlichtweg als für nicht notwendig betrachten.

Daher bitte ich den Hamburger Senat, sich für niedrigschwellig zugängliche Tests in Quizform im öffentlichen Raum einzusetzen, um Bürger für die Wahrnehmung eigener Unzulänglichkeiten in den Bereichen Medienkompetenz und Sprachverständnis zu sensibilisieren.

unskilled-and-unaware-of-it-how-difficulties-in-recognizing-1eehsjerwq.pdf

Die Hochschule im Dialog: Überschätzen sich jüngere Personen mehr als ältere? Der Dunning-Kruger-Effekt im Altersvergleich, V. Benesch, M. Godde, B. Hammami, U. Laufkötter, B. Mayer, M. Seidel

<https://www.tum.de/aktuelles/alle-meldungen/pressemitteilungen/details/gesundheitskompetenz-in-deutschland-weiter-gesunken>

<https://www.fit4internet.at/view/PRESSE-digitalskillsbarometer>